

Fraktion SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Hans Mai (fraktionslos)
Fraktion Die Fraktionslosen

Eberswalde, 01. Februar 2011

Vorlage-Nr.: BV/506/2011

— **Betreff: Bildung eines "Ausschusses für Energiewirtschaft"**

Beratungsfolge:

Hauptausschuss	17.02.2011	Vorberatung
Stadtverordnetenversammlung	24.02.2011	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde bildet gemäß § 43 Abs. 1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) einen zeitweiligen „Ausschuss für Energiewirtschaft“.

Der Ausschuss soll, in allen Fragen der Energiewirtschaft der Stadt Eberswalde, der Stadtverordnetenversammlung Empfehlungen geben und Beschlüsse vorbereiten.

Der Ausschuss bleibt bis zum Ende der Wahlperiode bestehen, außer die Stadtverordnetenversammlung beschließt dessen Auflösung auf Antrag einer Fraktion.

Der Ausschuss besteht aus 9 Sitzen, diese werden entsprechend § 41 Abs. 2 und 3 BbgKVerf verteilt.

Der Ausschuss wird gemäß § 44 Abs. 1 und 2 BbgKVerf von der Ausschussvorsitzenden/ dem Ausschussvorsitzenden einberufen. Die Öffentlichkeit soll über Zeit und Ort der Ausschusssitzungen in geeigneter Weise unterrichtet werden.

Die Stadtverwaltung wird die Arbeit des Ausschusses personell unterstützen und fachlich begleiten.

Begründung:

Nach § 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg gehört die Versorgung mit Energie zu den Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft. Neben allgemeinen energiepolitischen Fragen und der Umsetzung der Null-Emissionsstrategie des Landkreises Barnim in der Stadt soll sich der Ausschuss mit der Frage einer möglichen Rekommunalisierung der Energieversorgung (Strom/Gas/Wärme) beschäftigen.

Mehr als die Hälfte der Energieversorgung in den Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik werden durch Kommunal- bzw. Stadtwerke erbracht. Diese sind für die Verbraucher in der Regel günstiger als die Versorgung durch die großen Energiekonzerne. Neben günstigeren Preisen für die Kundinnen und Kunden, stehen Fragen regionaler Kreisläufe, Wertschöpfung in der Region, Umweltfragen, Arbeitskräftesicherung und speziell in unserer Region auch Fragen der Umsetzung der Null-Emissionsstrategie des Landkreises Barnim im Mittelpunkt der Betrachtung.

Allerdings soll die Möglichkeit der Rekommunalisierung ergebnisoffen betrachtet werden. Auch wenn eine Mehrzahl der Mitglieder der Interessengruppe der Fraktionen die Rekommunalisierung derzeit für wünschenswert hält, sind doch die finanziellen, juristischen, wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten genau zu prüfen. Eine Rekommunalisierung muss im Ergebnis für die Bürger der Stadt Eberswalde direkt (Preise) und/oder indirekt (höhere Einnahmen nicht für die Konzerne sondern für den Stadthaushalt) günstiger sein.

Das Ergebnis der Tätigkeit des zeitweiligen Ausschusses kann auch sein, dass Stadtwerke zurzeit aus finanziellen, juristischen, wirtschaftlichen oder politischen Gründen nicht möglich sind. Diese umfangreichen Fragen und daraus resultierenden Aufgaben können in der bisherigen Form durch eine Interessengruppe, die kommunalrechtlich keinen Status hat, nicht gelöst werden. Sie sind aber für die weitere Entwicklung von Eberswalde von größter Bedeutung.

gez. Hardy Lux
SPD-Fraktion

gez. Karen Oehler
Fraktion B 90/Die Grünen

gez. Albrecht Triller
Fraktion Die Fraktionslosen

gez. Dr. Hans Mai
Stadtverordneter